

An alle
Gemeinden
in Vorarlberg

Auskunft:

Mag. Erich Kaufmann
T +43 5574 511 20315

Zahl: PrsG-550-1/LG-196

Bregenz, am 17.04.2024

Betreff: Gesetz über eine Änderung des Landesforstgesetzes; Entwurf
Begutachtung
Anlagen: 3

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei wird der Entwurf eines Gesetzes über eine Änderung des Landesforstgesetzes samt Erläuternden Bemerkungen und einer Textgegenüberstellung übermittelt. Zu diesem Entwurf wird das Begutachtungsverfahren eingeleitet (Art. 34 Abs. 2 der Landesverfassung). Die Begutachtungsfrist endet am 15. Mai 2024. Der Entwurf ist bis zum Ende der Begutachtungsfrist auf dem Veröffentlichungsportal des Landes im Internet (www.vorarlberg.at/gesetzesentwurf) veröffentlicht.

1. Wir bitten Sie, für die Dauer der Begutachtungsfrist während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden im Gemeindeamt die Einsicht in den beiliegenden (und über das Veröffentlichungsportal des Landes im Internet abrufbaren) Gesetzesentwurf zu ermöglichen.
2. Eine allfällige Stellungnahme der Gemeinde können Sie mit E-Mail (land@vorarlberg.at) oder mit Online-Formular (www.vorarlberg.at/Gesetzesbegutachtung-Stellungnahme) senden. Wenn Sie die Begutachtungsfrist verstreichen lassen, gehen wir davon aus, dass Sie keinen Einwand haben. Es wird darauf hingewiesen, dass Ihre Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf im Internet auf der Homepage des Landes Vorarlberg veröffentlicht wird.

Freundliche Grüße

Für die Vorarlberger Landesregierung
Im Auftrag

Dr. Matthias Germann

Begutachtungsentwurf (Stand: 17.4.2024)

Gesetz über eine Änderung des Landesforstgesetzes

Der Landtag hat beschlossen:

Das Landesforstgesetz, LGBl. Nr. 13/2007, in der Fassung LGBl. Nr. 57/2010, Nr. 44/2013, Nr. 78/2017, Nr. 54/2021 und Nr. 4/2022, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 16 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Zuständiges Organ ist der Bürgermeister.“

2. Der § 17 Abs. 2 entfällt; die bisherigen Abs. 3 und 4 werden als Abs. 2 und 3 bezeichnet.

3. Im nunmehrigen § 17 Abs. 2 wird der Klammerausdruck „(Abs. 4)“ durch den Klammerausdruck „(Abs. 3)“ ersetzt.

4. Der § 19 Abs. 4 und 5 entfällt.

5. Die Überschrift des § 20 lautet:

„§ 20

Anforderung von Dienst- und Sachleistungen“

6. Im § 20 Abs. 1 wird nach der Wortfolge „Anforderung von Dienstleistungen ist“ die Wortfolge „nach Möglichkeit“ eingefügt, nach dem Wort „beschränkt“ ein Beistrich gesetzt sowie die Wortfolge „sie kann jedoch bei Bedarf auch darüber hinausgehen“ eingefügt.

7. Im § 20 Abs. 3 wird im Verweis auf „§ 23 – Anforderung –“ nach dem Wort „Anforderung“ ein Beistrich gesetzt sowie die Wortfolge „mit der Maßgabe, dass diese bei Gefahr im Verzug durch Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt durch den Bürgermeister oder den Einsatzleiter gemäß § 21 Abs. 2 lit. a oder b als Hilfsorgan der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde erfolgen kann“ eingefügt.

8. Im § 20 Abs. 3 entfällt der Verweis auf „§ 25 Abs. 1 bis 3 – Entschädigung, mit der Ergänzung, dass für das Entschädigungsverfahren der § 19 Abs. 5 gilt –“.

9. Im § 21 Abs. 2 wird nach dem Wort „Personen“ die Wortfolge „als Hilfsorganen der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde“ eingefügt.

10. Der § 22 Abs. 6 entfällt.

11. Im § 23 Abs. 2 entfällt der Klammerausdruck „(§ 19 Abs. 1 und 2)“ und wird der Klammerausdruck „(§ 19 Abs. 1 und 2 und § 20 Abs. 3)“ durch den Ausdruck „(§ 19), von Dienst- und Sachleistungen (§ 20)“ ersetzt.

12. Der § 24 entfällt.

13. Im § 32 wird der bisherige Text als Abs. 1 bezeichnet.

14. Im nunmehrigen § 32 Abs. 1 lit. d wird nach dem Wort „Verwaltungsstrafgesetzes“ die Zahl „1991“ eingefügt.

15. Dem § 32 wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Eine nach Abs. 1 lit. d festgenommene Person ist unverzüglich der Behörde zu übergeben oder aber, wenn der Grund der Festnahme schon vorher wegfällt, freizulassen. Sie ist ehestens, womöglich bei ihrer Festnahme, in einer ihr verständlichen Sprache über die Gründe ihrer Festnahme und die gegen sie erhobenen Anschuldigungen zu unterrichten. Bei der Festnahme und Vorführung ist mit möglichster Schonung der Person vorzugehen. Der § 36 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 gilt sinngemäß.“

16. Im § 36 entfällt der Ausdruck „24 lit. b,“.

17. Nach dem § 41 wird folgender § 42 angefügt:

„§ 42

Inkrafttretensbestimmung zur Novelle LGBl.Nr. ../2024

Das Gesetz über eine Änderung des Landesforstgesetzes, LGBl.Nr. ../2024 tritt am 1. Juli 2024 in Kraft.“

Erläuternde Bemerkungen

I. Allgemeines:

1. Ziel und wesentlicher Inhalt:

Im vorliegenden Entwurf sind im Wesentlichen folgende Änderungen im Zusammenhang mit der Waldbrandbekämpfung vorgesehen:

- Mit der Novelle des Forstgesetzes 1975, BGBl. I. Nr. 144/2023, entfällt die Ermächtigung der Landesgesetzgebung zur Erlassung näherer Vorschriften über die Tragung der Kosten der Waldbrandbekämpfung. Daher müssen die im Landesforstgesetz enthaltenen Kostentragungsregelungen und die damit zusammenhängenden Vorschriften zur Geltendmachung des Kostenersatzes entfallen (siehe § 17 Abs. 2, § 19 Abs. 4 und 5, Verweis auf § 25 Abs. 1 bis 3 Katastrophenhilfegesetz in § 20 Abs. 3, § 22 Abs. 6, § 24 und § 36).
- Die genannten Änderungen des Forstgesetzes gelten ab 1. Juli 2024. Daher treten die vorgesehenen Änderungen des Landesforstgesetzes ebenfalls mit 1. Juli 2024 in Kraft (§ 42).
- Bei der Waldbrandbekämpfung ist sehr schnelles Handeln geboten, um die Folgen eines Waldbrandes so gering wie möglich zu halten. Nach der bisherigen Erfahrung wird die Erlassung einer Verordnung oder eines Bescheides (auch eines Mandatsbescheides) dieser Notwendigkeit nach sehr schnellem Handeln aus zeitlichen Gründen oftmals, insbesondere bei der Anforderung von Löschflügen mit Hubschraubern samt Bedienungspersonal, der Bergrettung usw., nicht gerecht. Daher wird vorgesehen, dass bei Gefahr im Verzug die Anforderung von Dienst- und Sachleistungen durch Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt erfolgen kann (siehe § 20 Abs. 3).

2. Kompetenzen:

Das Forstwesen ist in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache (Art. 10 Abs. 1 Z 10 B-VG). Nach Art. 10 Abs. 2 B-VG kann jedoch die Landesgesetzgebung ermächtigt werden, Ausführungsbestimmungen zu genau zu bezeichnenden einzelnen Bestimmungen der nach Art. 10 Abs. 1 Z 10 B-VG ergangenen Bundesgesetze zu erlassen. Der Kompetenztatbestand Forstwesen erfasst nicht nur die Verhütung, sondern auch die Bekämpfung von Waldbränden (VfSlg. 2192/1951). Dementsprechend stützen sich die im gegenständlichen Entwurf enthaltenen Regelungen auf Art. 10 Abs. 2 B-VG.

3. Finanzielle Auswirkungen:

3.1. Aufgrund des Wegfalls der Kompetenzgrundlage zur Erlassung näherer Vorschriften über die Tragung der Kosten der Waldbrandbekämpfung müssen die im Landesforstgesetz diesbezüglich enthaltenen Kostentragungsregelungen entfallen. Stattdessen richtet sich der Kostenersatz im Zusammenhang mit der Waldbrandbekämpfung künftig nach Maßgabe des Forstgesetzes 1975. Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass diese Änderung keine Mehrkosten für das Land und die Gemeinden zur Folge hat bzw. als kostenneutral zu beurteilen ist.

3.2. Nach den derzeit geltenden Regelungen des Landesforstgesetzes hat die Bezirkshauptmannschaft die Entschädigung mit Bescheid festzusetzen, wenn keine Einigung über die Entschädigung zustande gekommen ist. Auch wenn die bescheidmäßige Festsetzung der Entschädigung eher selten vorgekommen ist, so führt der Entfall dieser Verfahren zu einer geringfügigen Einsparung für das Land.

4. EU-Recht:

Das Recht der Europäischen Union enthält keine Bestimmungen, die den vorgeschlagenen Änderungen entgegenstehen.

5. Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche:

Die vorgeschlagenen Änderungen haben keine besonderen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche.

6. Auswirkungen auf die Ziele der Energieautonomie, des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung:

Waldbrände wirken sich negativ auf den Klimaschutz und den Klimawandel aus. Mit der vorgesehenen Regelung, dass bei Gefahr im Verzug die Anforderung von Dienst- und Sachleistungen auch durch Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt erfolgen kann, wird schnelles Handeln gewährleistet und

damit die Folgen eines Waldbrandes minimiert. Daher ist diese Regelung in Bezug auf die Ziele der Energieautonomie, des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel positiv zu bewerten.

Die sonstigen im Entwurf enthaltenen Regelungen sind in Bezug auf die Ziele der Energieautonomie, des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel neutral zu bewerten.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Z. 1 (§ 16 Abs. 1):

Gemäß § 16 Abs. 1 obliegt die Bekämpfung von Waldbränden der Gemeinde, in der sich der Brandort befindet. Die den Gemeinden obliegenden Aufgaben der Waldbrandbekämpfung sind solche der mittelbaren Bundesverwaltung und wird von diesen im übertragenen Wirkungsbereich besorgt (vgl. VfSlg. 19.446/2011). Die Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches werden vom Bürgermeister besorgt (siehe Art. 119 Abs. 1 B-VG und § 67 Abs. 1 GG). Lediglich zur Klarstellung wird der § 16 Abs. 1 dahingehend ergänzt, dass das zuständige Gemeindeorgan der Bürgermeister ist.

Zu Z. 2 bis 4, 8, 10, 12 und 16 (Entfall des § 17 Abs. 2, § 19 Abs. 4 und 5, des Verweises in § 20 Abs. 3, § 22 Abs. 6, § 24 und § 36):

Gemäß Art. 10 Abs. 1 Z 10 B-VG ist das Forstwesen in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Nach Art. 10 Abs. 2 B-VG kann der Bundesgesetzgeber unter anderem in Angelegenheiten des Forstwesens die Landesgesetzgebung ermächtigen, zu genau zu bezeichnenden einzelnen Bestimmungen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Die Vollziehung der in solchen Fällen ergehenden Ausführungsgesetze steht dem Bund zu.

Nach § 42 lit. f des Forstgesetzes 1975 in der Fassung vor der Novelle BGBl. I Nr. 144/2023 war die Landesgesetzgebung gemäß Art. 10 Abs. 2 B-VG ermächtigt, nähere Vorschriften über die Tragung der Kosten der Waldbrandbekämpfung zu erlassen. In Ausführung dieser Ermächtigungsbestimmung wurden im Landesforstgesetz nähere Regelungen über die Kostentragung bei der Waldbrandbekämpfung erlassen (siehe z.B. § 17 Abs. 2, § 19 Abs. 4 und 5, § 20 Abs. 3, § 22 Abs. 6 und § 24). Mit der Novelle des Forstgesetzes 1975, BGBl. I Nr. 144/2023, entfällt die bisherige in § 42 lit. f enthaltene Ermächtigung der Länder zur Regelung der Kostentragung betreffend Waldbrandbekämpfung. Stattdessen regelt der 41a Forstgesetz 1975 in der Fassung BGBl. I Nr. 144/2023 bundeseinheitlich, welche Kosten der Waldbrandbekämpfung vom Bund getragen werden, sowie das Verfahren zur Geltendmachung des Kostenersatzes. Die Änderungen betreffend die Kostentragungsregelungen im Forstgesetz 1975 (§ 41a und Entfall des § 42 lit. f) treten am 1. Juli 2024 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt sind für den Kostenersatz im Zusammenhang mit der Waldbrandbekämpfung die neuen Regelungen im § 41a Forstgesetz 1975 maßgeblich.

Mit dem erwähnten Wegfall der in § 42 lit. f Forstgesetz 1975 enthaltenen Ermächtigung wird auch die Zuständigkeit der Länder zur Regelung der Kostentragung für die Waldbrandbekämpfung beseitigt. Daher entfallen die im Landesforstgesetz enthaltenen Kostentragungsregelungen und die damit zusammenhängenden Vorschriften zur Geltendmachung des Kostenersatzes.

Zu Z. 5 und 6 (Überschrift des § 20 und § 20 Abs. 1):

Der § 20 Abs. 1 regelt (bereits derzeit) die Anforderung von notwendigen Dienst- und Sachleistungen. Dies soll auch in der Überschrift des § 20 zum Ausdruck gebracht werden, weshalb diese dementsprechend geändert wird.

Nach dem derzeit geltenden § 20 Abs. 1 können Sachleistungen grundsätzlich in allen Gemeinden des Landes, Dienstleistungen nur in der vom Waldbrand betroffenen Gemeinde und deren Nachbargemeinden angefordert werden (siehe RV; Beilage 91/2006, Erläuterungen zu § 20). Diese örtliche Einschränkung betreffend die Anforderung von Dienstleistungen auf die vom Waldbrand betroffene Gemeinde und deren Nachbargemeinden kann in der Praxis zu Problemen führen (z.B. bei der Anforderung von Dienstleistungen der Bergrettung, eines Piloten für einen Löschhubschrauber usw.). Daher wird diese Einschränkung dahingehend geändert, dass die Anforderung von Dienstleistungen bei entsprechendem Bedarf auch außerhalb der vom Waldbrand betroffenen Gemeinde und deren Nachbargemeinden erfolgen kann. Im Übrigen sind bei der Anforderung von Dienstleistungen auch die in § 19 Katastrophenhilfegesetz enthaltenen Vorgaben zu beachten.

Zu Z. 7 und 11 (§ 20 Abs. 3 und § 23 Abs. 2):

Gemäß § 41a Abs. 6 Forstgesetz in der Fassung BGBl. I Nr. 144/2023 besteht ein Anspruch auf Entschädigung, wenn die Dienst- oder Sachleistungen entsprechend den landesrechtlichen Bestimmungen behördlich angefordert wurden.

Nach den Bestimmungen des derzeit geltenden Landesforstgesetzes hat die Anforderung von Forstpersonal und Arbeitsgeräten sowie von Sach- und Dienstleistungen mit Bescheid oder Verordnung zu erfolgen (siehe § 19 Abs. 3 und § 20 Abs. 3 iVm § 23 Katastrophenhilfegesetz). Bei der Waldbrandbekämpfung ist sehr schnelles Handeln geboten, um die Folgen eines Waldbrandes so gering wie möglich zu halten. Nach der bisherigen Erfahrung wird die Erlassung einer Verordnung oder eines Bescheides (auch eines Mandatsbescheides) dieser Notwendigkeit nach sehr schnellem Handeln aus zeitlichen Gründen oftmals, insbesondere bei der Anforderung von Löschflügen mit Hubschraubern samt Bedienungspersonal, der Bergrettung usw., nicht gerecht. Daher wird der § 20 Abs. 3 dahingehend ergänzt, dass bei Gefahr im Verzug die Anforderung von Dienst- und Sachleistungen durch Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt erfolgen kann.

Zur Vermeidung des Ausbreitens eines Waldbrandes und damit zur Schadensminimierung ist unverzügliches und schnelles Handeln notwendig. Ist aufgrund dieser Gefahrensituation die Anforderung von Dienst- oder Sachleistungen notwendig, so ist in aller Regel von Gefahr im Verzug auszugehen.

Bei der Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt muss ein Verhalten vorliegen, das zumindest als – spezifisch verstandene – Ausübung von „Befehlsgewalt“ gedeutet werden kann. Nach der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes gilt als unverzichtbares Merkmal eines Verwaltungsaktes in der Form eines Befehls, dass dem Befehlsadressaten eine bei Nichtbefolgung unverzüglich einsetzende physische Sanktion angedroht wird (VwGH vom 7.9.2020, Ro 2020/01/0010-6, Rz 29). Eine solche Sanktionsandrohung besteht durch die in § 23 Abs. 2 vorgesehene zwangsweise Durchsetzungsmöglichkeit bei Säumnis des Verpflichteten. Im Übrigen stellt die Nichterbringung von angeforderten Dienst- und Sachleistungen eine Verwaltungsübertretung dar (siehe § 38 Abs. 1 lit. h).

Bei einem Waldbrand hat meist der Landesfeuerwehrrinspektor oder der Bezirksfeuerwehrrinspektor die technische Leitung, d.h. er ist Einsatzleiter. Daher wird vorgesehen, dass bei Gefahr im Verzug Dienst- und Sachleistungen neben dem Bürgermeister auch vom Landesfeuerwehrrinspektor oder Bezirksfeuerwehrrinspektor angefordert werden können, wenn er als Einsatzleiter im Sinne des § 21 Abs. 2 lit. a oder b tätig ist. Die darüber hinaus bestehende Möglichkeit des Bürgermeisters, gemäß § 23 Abs. 2 Katastrophenhilfegesetz bei Gefahr im Verzug auch andere Organe mit der Anforderung von Dienst- und Sachleistungen zu ermächtigen, bleibt davon unberührt.

Die Anforderung der Dienst- oder Sachleistung bei Gefahr im Verzug ist im Einzelfall entsprechend zu dokumentieren. Dabei ist insbesondere festzuhalten, wer, wann, welche Leistung angefordert hat, wer die angeforderte Leistung zu erbringen hat, der Zeitraum der Leistungserbringung usw. Diese Dokumentation kann z.B. in dem im Lage- und Informationssystem (LIS) erstellten Einsatzprotokoll erfolgen. Damit ist auch dokumentiert, dass die Anforderung der Dienst- oder Sachleistung entsprechend den landesrechtlichen Bestimmungen erfolgt ist (siehe § 41a Abs. 6 Forstgesetz 1975). Der verpflichteten Person sind die zur Geltendmachung seiner Ansprüche entsprechenden Nachweise über die erfolgte Anforderung der Leistung zur Verfügung zu stellen.

Zu Z. 9 (§ 21 Abs. 2):

Bei Waldbränden hat in der Regel der Landesfeuerwehrrinspektor oder der Bezirksfeuerwehrrinspektor die technische Einsatzleitung. In diesem Fall handeln sie als Hilfsorgane der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde (siehe nunmehriger § 17 Abs. 2). Falls die technische Einsatzleitung nicht dem Landesfeuerwehrrinspektor oder dem Bezirksfeuerwehrrinspektor, sondern einer anderen, in § 21 Abs. 2 genannten Person zukommt, so wird auch für diese Personen klargestellt, dass sie die Einsatzleitung als Hilfsorgan der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde besorgen.

Zu Z. 13 bis 15 (§ 32):

Der Waldaufseher ist innerhalb des ihm zugewiesenen Einsatzgebietes berechtigt, in den in § 35 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 vorgesehenen Fällen eine Person zum Zwecke der Vorführung vor die Behörde festzunehmen, wenn die im Gesetz angeführten Voraussetzungen erfüllt sind (s. nunmehriger Abs. 1 lit. d). Im Lichte des Art. 4 Abs. 5 und 6 Bundesverfassungsgesetz vom 29. November 1988 über den Schutz der persönlichen Freiheit wird der § 32 entsprechend angepasst (siehe neuer Abs. 2).

Zu Z. 17 (§ 42):

Der § 42 lit. f Forstgesetz 1975 tritt mit Ablauf des 30. Juni 2024 außer Kraft und der § 41a mit 1. Juli 2024 in Kraft (s. § 179 Abs. 11 Z. 2 und 5 Forstgesetz 1975 in der Fassung BGBl. I. Nr. 144/2023). Mit diesem Zeitpunkt entfällt die Zuständigkeit der Länder zur Regelung der Kostentragung der Waldbrandbekämpfung und der Ersatz betreffend die Waldbrandbekämpfungskosten richtet nach Maßgabe des Forstgesetzes 1975. Daher treten die in dieser Novelle enthaltenen Änderungen ebenfalls am 1. Juli 2024 in Kraft.

Textgegenüberstellung (Kunsttext¹)

Begutachtungsentwurf (17.4.2024)

Gesetz über eine Änderung des Gesetzes über einige forstpolizeiliche Maßnahmen und über die Waldaufseher (Landesforstgesetz)

LGBL.Nr. 13/2007, Nr. 57/2010, Nr. 44/2013, Nr. 78/2017, Nr. 54/2021, Nr. 4/2022 und Nr. .../2024

1. Abschnitt Waldnutzung

§ 1

Anzeigepflichtige Fällungen

- (1) Einer Fällungsanzeige nach § 2 bedürfen, soweit im Abs. 2 nicht anderes bestimmt ist,
 - a) Fällungen in hiebsreifen Hochwaldbeständen;
 - b) Fällungen in Schutz- und Bannwäldern;
 - c) Fällungen in Ausschlagwäldern.
- (2) Keiner Fällungsanzeige bedürfen
 - a) Fällungen in hiebsreifen Hochwaldbeständen bis zu einem Höchstausmaß von 30 Festmetern je Hektar und Kalenderjahr, sofern es sich nicht um Fällungen in Schutz- und Bannwäldern oder in Schutzgebieten nach dem Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung handelt;
 - b) Fällungen infolge höherer Gewalt, die sich aus der notwendigen Aufarbeitung von Schadhölzern sowie der Durchführung behördlicher Aufträge ergeben;
 - c) Fällungen von Einzelstämmen und Baumgruppen auf Waldflächen, auf denen ein Bringungsrecht nach dem Güter- und Seilwegesgesetz ohne Errichtung einer Bringungsanlage eingeräumt wird, in dem für die Bringung notwendigen Ausmaß;
 - d) Fällungen, die nach den Bestimmungen des Forstgesetzes 1975 bewilligungspflichtig sind.

§ 2

Fällungsanzeige

- (1) Die anzeigepflichtigen Fällungen (§ 1 Abs. 1) sind der Behörde schriftlich anzuzeigen (Fällungsanzeige). Welche Person zur Anzeige verpflichtet oder berechtigt ist, richtet sich nach § 87 Abs. 1 und 2 des Forstgesetzes 1975. Die Fällungsanzeige ist beim Waldaufseher und unmittelbar bei der Behörde einzubringen. Sie ist in der Walddatenbank (§ 37a) aufzunehmen.
- (2) Die Fällungsanzeige hat den Hiebsort, die Hiebsfläche, die voraussichtliche Holzmenge, den Zeitraum der Fällung und die Bringungsart zu enthalten.

§ 3

Erledigung und Berechtigung zur Ausführung

- (1) Anzeigepflichtige Fällungen bedürfen einer Freigabe.
- (2) Die Behörde hat die angezeigte Fällung freizugeben, wenn sie nach Art, Umfang und Lage den Bestimmungen des Forstgesetzes 1975 unter Berücksichtigung der Vielfalt der Wirkungen des Waldes auf den Lebensraum entspricht. Insbesondere ist darauf Bedacht zu nehmen, dass
 - a) eine im Hinblick auf die Wirkungen des Waldes günstige Verteilung der Bäume und ausgeglichene Altersstruktur erreicht wird;
 - b) langfristig eine standortgerechte Zusammensetzung der Baumarten vorrangig durch natürliche Verjüngung erreicht wird;
 - c) der Deckungsschutz für benachbarte Bestände gewahrt bleibt;
 - d) Bringungsschäden am verbleibenden Bestand verhindert werden;
 - e) auch jene Bäume geschlägert werden, deren Entnahme für die Entwicklung des Waldbestandes vorteilhaft ist.
- (3) Die Freigabe der angezeigten Fällung erfolgt durch

¹ Die beabsichtigten Änderungen sind im Korrekturmodus ersichtlich gemacht.

- a) die Vornahme der Auswahl und Auszeige der von der angezeigten Fällung umfassten Stämme oder Bestände mittels behördlichem Waldhammer; § 4 Abs. 1 bleibt unberührt;
- b) schriftliche Mitteilung, dass auf die behördliche Auswahl und Auszeige verzichtet wird; oder
- c) Bescheid, soweit Fällungen in Objektschutz- oder Bannwäldern betroffen sind und die Vorschreibung von Auflagen oder Bedingungen erforderlich ist, um die Voraussetzungen nach Abs. 2 zu erfüllen.

(4) Die angezeigte Fällung in Objektschutz- oder Bannwäldern ist mit Bescheid zu untersagen, wenn die im Abs. 2 genannten Voraussetzungen auch durch Auflagen oder Bedingungen nicht erfüllt werden können.

(5) Die Behörde hat innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach dem Einlangen der vollständigen Fällungsanzeige nach den Abs. 3 oder 4 zu entscheiden. Die Behörde kann diese Frist schriftlich verlängern, wenn sie aufgrund der Witterungsverhältnisse gehindert ist, einen Ortsaugenschein vorzunehmen.

(6) Fällungen, die einer Freigabe bedürfen (Abs. 1), dürfen erst durchgeführt werden, wenn eine Freigabe nach Abs. 3 erfolgt ist oder die Behörde innerhalb der Frist nach Abs. 5 nicht entschieden hat.

§ 4

Auswahl und Auszeige in Forstbetrieben

(1) Wenn der Forstbetriebsleiter ein Forstorgan (§ 104 Forstgesetz 1975) ist und dies der Behörde angezeigt ist, obliegt die Auswahl und Auszeige im Sinne des § 3 Abs. 3 lit. a in den Wäldern, die zum Forstbetrieb gehören, dem Forstbetriebsleiter; er kann dazu unter seiner Anleitung und Aufsicht auch sonstige Bedienstete des Forstbetriebes heranziehen, sofern sie fachlich geeignet sind. Bei Fällungen in Objektschutz- und Bannwäldern ist der Ablauf der Entscheidungsfrist nach § 3 Abs. 5 abzuwarten.

(2) Die Beendigung der Tätigkeit des Forstbetriebsleiters nach Abs. 1 ist der Behörde unverzüglich anzuzeigen.

(3) Bei Forstbetrieben mit einer Waldfläche von weniger als 1.000 Hektar gelten die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 auch, wenn der Forstbetriebsleiter die fachliche Eignung für die Verwendung als Waldaufseher hat.

(4) Eine Pflicht zur Bestellung von Forstorganen besteht nicht.

2. Abschnitt Windschutzanlagen

§ 5

Behandlung und Nutzung von Windschutzanlagen

(1) Windschutzanlagen sind insoweit zu nutzen, als es erforderlich ist, den Bewuchs aufzulichten, Schadhölzer zu beseitigen und die Anlage zu verjüngen.

(2) Kahlhiebe dürfen nur durchgeführt werden, wenn es anders nicht möglich ist, die Windschutzanlage zu erneuern.

(3) Sowohl Einzelstammentnahmen als auch Kahlhiebe dürfen nur durchgeführt werden, wenn für sie eine Fällungsbewilligung erteilt worden ist und sie behördlich ausgezeigt worden sind. In der Bewilligung ist vorzuschreiben, innerhalb welcher Frist die Kahlfläche wiederzubewalden und welches Pflanzgut zu verwenden ist. Die Frist darf ein Jahr nicht übersteigen. Das Pflanzgut muss nach Art und Größe für den jeweiligen Standort und Schutzzweck der Windschutzanlage geeignet sein.

§ 6

Auflassung von Windschutzanlagen

(1) Windschutzanlagen, die älter als drei Jahre sind, oder Teile von solchen dürfen nur mit Bewilligung der Behörde aufgelassen werden. Die Erteilung der Bewilligung ist bei der Behörde schriftlich zu beantragen. Die Bestimmungen des Forstgesetzes 1975 über das Rodungsverfahren (§ 19 Abs. 1 bis 6 Forstgesetz 1975) sind sinngemäß anzuwenden.

(2) Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn

- a) ein öffentliches Interesse an einer anderen Verwendung der Grundfläche, auf welcher sich die Windschutzanlage befindet, das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Windschutzanlage überwiegt oder
- b) die Windschutzanlage durch andere zulässige Maßnahmen ersetzt wird, die ihr hinsichtlich der Schutzwirkung mindestens gleichwertig sind, und dadurch Interessen des Landschaftsschutzes nicht gröblich verletzt werden.

(3) Erforderlichenfalls ist durch Bedingungen und Auflagen sicherzustellen, dass die nachteiligen Auswirkungen, die die Auflassung der Windschutzanlage für die geschützten Grundstücke und Anlagen mit sich bringt, möglichst gering gehalten werden.

(4) Bei Windschutzanlagen, die Wald im Sinne des § 1a des Forstgesetzes 1975 sind, gilt die Rodungsbewilligung (§ 17 Forstgesetz 1975) als Auflassungsbewilligung. Bei der Erteilung solcher Rodungsbewilligungen ist der Abs. 3 anzuwenden.

3. Abschnitt Neubewaldung

§ 7

Bewilligungspflicht

(1) Grundflächen, die weniger als 15 Meter von fremden landwirtschaftlich genutzten Grundflächen entfernt sind, dürfen nur mit Bewilligung der Behörde neubewaldet werden.

(2) Eine Bewilligung gemäß Abs. 1 ist nicht erforderlich, wenn die Neubewaldung nach bundes- oder landesrechtlichen Bestimmungen vorgenommen werden muss.

(3) Unter Neubewaldung im Sinne dieses Abschnittes ist die Schaffung von Wald auf einer Grundfläche, die bisher nicht Wald war, sowie die Neuanlegung sonstiger geschlossener Baumbestände, sei es durch Aufforstung (Saat oder Pflanzung) oder durch Naturverjüngung, zu verstehen. Im Falle der Naturverjüngung liegt eine Neubewaldung vor, wenn der forstliche Bewuchs eine Überschirmung von mindestens einem Viertel der Fläche erreicht hat.

§ 8

Bewilligungsantrag

(1) Die Erteilung der Bewilligung für eine Neubewaldung ist vom Grundeigentümer bei der Behörde schriftlich zu beantragen.

(2) Dem Antrag ist ein Verzeichnis der fremden landwirtschaftlich genutzten Grundstücke, die weniger als 15 Meter von der Grundfläche entfernt sind, die neubewaldet werden soll (benachbarte Grundstücke), ein Verzeichnis der Eigentümer und sonstigen zur Nutzung dieser Grundstücke dinglich Berechtigten sowie ein Lageplan, dessen Maßstab nicht kleiner als der Katastermaßstab sein darf, anzuschließen.

(3) Verzeichnisse nach Abs. 2 sind nicht erforderlich, soweit die zu beweisenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse durch Einsicht in die der Behörde zur Verfügung stehenden elektronischen Register festgestellt werden können.

§ 9

Erteilung der Bewilligung

(1) Die Neubewaldung darf nur bewilligt werden, wenn

- a) sie als besondere Schutzmaßnahme zur Vermeidung von Naturgefahren, insbesondere Rutschungen, Steinschlag, Lawinen, Erosion u.dgl. notwendig ist; oder
- b) der Eigentümer des benachbarten Grundstücks zustimmt; die Zustimmung ist ab ihrem Einlangen bei der Behörde unwiderruflich.

(2) Wenn es zur Erfüllung der Voraussetzungen nach Abs. 1 erforderlich ist, hat die Behörde die Bewilligung

- a) auf einen Teil der Grundfläche, für welche sie beantragt worden ist, einzuschränken oder
- b) mit Bedingungen oder Auflagen zu versehen.

§ 10

Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes

(1) Unabhängig von einer allfälligen Bestrafung hat die Behörde über Antrag einer Partei dem Eigentümer einer Grundfläche, mit deren Neubewaldung oder nachfolgenden Bewirtschaftung (§ 9 Abs. 2 lit. b) Bestimmungen dieses Abschnittes übertreten worden sind, die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes mit Bescheid aufzutragen. Dies gilt nicht, wenn hiezu eine Rodung oder bewilligungspflichtige Auflassung einer Windschutzanlage erforderlich wäre.

(2) Durch die Einbringung eines nachträglichen Bewilligungsantrages wird der Ablauf der Frist, welche für die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes bestimmt wurde, gehemmt.

§ 11

Rechtsansprüche

Auf die Einhaltung der §§ 9 und 10 stehen den Eigentümern und dinglich Nutzungsberechtigten der benachbarten landwirtschaftlich genutzten Grundstücke Rechtsansprüche zu.

4. Abschnitt Waldteilung

§ 12

Mindestausmaß

Die Teilung eines Waldgrundstückes ist verboten, wenn dadurch auf einem Grundstück eine Waldfläche entsteht, die nicht mindestens

- a) eine zusammenhängende Fläche von 0,5 Hektar und

b) eine Breite von 50 Metern auf eine Länge von mindestens 50 Metern aufweist.

§ 13

Teilungsbewilligungen

(1) Die Behörde hat ausnahmsweise zu bewilligen, dass ein Waldgrundstück entgegen dem Verbot des § 12 geteilt wird, wenn

- a) die Teilung wegen der beabsichtigten Verwendung eines Grundstücksteiles erforderlich ist und das öffentliche Interesse an dieser Verwendung das öffentliche Interesse an der Erhaltung des Waldgrundstückes überwiegt, oder
- b) der abgetrennte Grundstücksteil gleichzeitig mit einem angrenzenden Waldgrundstück vereinigt wird und sich dies für die Erhaltung und zweckmäßige Bewirtschaftung der betroffenen Waldfläche insgesamt nicht nachteilig auswirkt.

(2) Erforderlichenfalls ist durch Bedingungen und Auflagen sicherzustellen, dass die nachteiligen Auswirkungen, welche die Teilung eines Waldgrundstückes für die Walderhaltung und zweckmäßige Waldbewirtschaftung zur Folge hat, möglichst gering gehalten werden. Insbesondere ist

- a) die Gültigkeit der Teilungsbewilligung davon abhängig zu machen, dass der abgetrennte Grundstücksteil zum beantragten Zweck verwendet wird, und
- b) eine Verschiebung der beantragten Teilungslinie vorzuschreiben, wenn die entstehenden Grundstücke dadurch eine Form oder Größe erhalten, die für die Walderhaltung und zweckmäßige Waldbewirtschaftung günstiger ist, und im Falle des Abs. 1 lit. a die Verwendung des Grundstücksteiles weder unmöglich gemacht noch wesentlich erschwert wird.

§ 14

Bewilligungsantrag

(1) Zur Antragstellung sind berechtigt:

- a) der Eigentümer des Waldgrundstücks, welches geteilt werden soll, sowie
- b) wer einen Teil eines Waldgrundstücks im Sinne des § 13 Abs. 1 lit. a zu verwenden beabsichtigt.

(2) Im Antrag ist das Ausmaß der zusammenhängenden Waldflächen anzugeben, die sich auf jedem der Grundstücke befinden, welche geteilt oder mit einem Grundstücksteil vereinigt werden sollen und welche daraus entstehen. Im Falle des § 13 Abs. 1 lit. a ist weiters der Verwendungszweck anzugeben, der die Teilung notwendig macht. Dem Antrag ist ein Plan gemäß § 1 Abs. 1 des Liegenschaftsteilungsgesetzes oder ein Plan im Maßstab der Katastralmappe beizuschließen, aus welchem die Grenzen der Grundstücke vor und nach der Teilung und einer allfälligen gleichzeitigen Vereinigung sowie der Waldflächen, die sich auf diesen Grundstücken befinden, ersichtlich sind.

5. Abschnitt

Waldbrandbekämpfung

§ 15

Pflichten bei der Feststellung eines Waldbrandes

(1) Wer im Wald, in der Kampfzone des Waldes oder, soweit Verhältnisse vorherrschen, die die Ausbreitung eines Waldbrandes begünstigen, in Waldnähe (Gefährdungsbereich) ein unbeaufsichtigtes Feuer antrifft, ist verpflichtet, es nach Kräften zu löschen. Ist dies nicht möglich, so hat er unverzüglich mit einem Notruf Hilfe in die Wege zu leiten oder das nächste Gemeindeamt zu verständigen.

(2) Die gemäß Abs. 1 verständigte Stelle hat den unverzüglichen Einsatz der zuständigen Feuerwehr zu veranlassen und, soweit dies nicht bereits geschehen ist, die Bezirkshauptmannschaft, den Waldaufseher sowie die vom Waldbrand betroffene Gemeinde zu benachrichtigen. Die Gemeinde hat unverzüglich die Eigentümer oder Nutzungsberechtigten der vom Waldbrand betroffenen Liegenschaften, soweit sie ihr bekannt sind, zu verständigen.

§ 16

Aufgaben der vom Waldbrand betroffenen Gemeinde

(1) Die Bekämpfung von Waldbränden obliegt der Gemeinde, in der sich der Brandort befindet. Zuständiges Organ ist der Bürgermeister.

(2) Die Gemeinde hat alle Maßnahmen zu setzen, die erforderlich sind, um den Waldbrand in ihrem Gebiet zu löschen bzw. ein Übergreifen des Waldbrandes auf ihr Gemeindegebiet zu verhindern. Soweit in diesem Abschnitt nichts anderes bestimmt ist, hat sie sich hiezu aller Mittel zu bedienen, die ihr zur Besorgung der Aufgaben der örtlichen Feuerpolizei zur Verfügung stehen.

§ 17

Einsatz von Feuerwehkräften

(1) Für die Waldbrandbekämpfung sind in erster Linie die Feuerwehren heranzuziehen. Die Feuerwehr, welche für das vom Waldbrand betroffene Gebiet zuständig ist, hat die Waldbrandbekämpfung unverzüglich aufzunehmen. Die anderen Feuerwehren haben Hilfe zu leisten, wenn sie von der Gemeinde, welche für die Waldbrandbekämpfung zuständig ist, darum ersucht werden.

~~(2) Die Gemeinden haben Anspruch auf Ersatz der Kosten, die ihnen durch einen Einsatz zur Waldbrandbekämpfung entstanden sind. Die Entscheidung über die Ersatzansprüche hat auf Antrag einer Partei durch die Bezirkshauptmannschaft, die für das vom Waldbrand betroffene Gebiet zuständig ist, zu erfolgen.~~

~~(2)~~ Bei Waldbränden, zu deren Bekämpfung die besonderen Einrichtungen des Landesfeuerwehrverbandes ~~(Abs. 4)~~ (Abs. 3) oder die Feuerwehren mehr als einer Gemeinde aufgeboden sind, ist der Bezirksfeuerwehrinspektor oder der Landesfeuerwehrinspektor für die technische Leitung (§ 21) zu entsenden. Darüber hinaus sind der Landesfeuerwehrinspektor und, wenn dieser davon nicht Gebrauch macht, der Bezirksfeuerwehrinspektor befugt, jederzeit die technische Leitung der Waldbrandbekämpfung zu übernehmen. Sie handeln hiebei als Hilfsorgane der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde.

~~(3)~~ Wenn es für eine wirksame Bekämpfung eines Waldbrandes erforderlich ist, sind die besonderen Einrichtungen des Landesfeuerwehrverbandes für die Waldbrandbekämpfung zum Einsatz zu bringen.

§ 18

Mitwirkung der Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der vom Waldbrand betroffenen Liegenschaften haben im Rahmen ihrer personellen und sachlichen Möglichkeiten in dem zum Schutz ihrer Liegenschaften erforderlichen und ihnen zumutbaren Ausmaß bei der Waldbrandbekämpfung, insbesondere bis zum Einsatz der öffentlichen Einrichtungen für die Waldbrandbekämpfung sowie bei der Brandwache, mitzuwirken.

§ 19

Einsatz von Forstpersonal und Arbeitsgeräten

(1) Soweit es zur Durchführung der forstlichen Maßnahmen, die zu einer wirksamen Bekämpfung eines Waldbrandes erforderlich sind, notwendig ist, können die Inhaber von Forstbetrieben verpflichtet werden, Forstpersonal und Arbeitsgeräte, wie Fahrzeuge, Motorsägen und Äxte, zur Waldbrandbekämpfung abzustellen. Die abgestellten Personen sind Hilfsorgane der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde.

(2) Die Anforderung von Leistungen gemäß Abs. 1 obliegt den Gemeinden. Für die Waldbrandbekämpfung in einer anderen Gemeinde sind Leistungen gemäß Abs. 1 nur insoweit anzufordern, als diese Gemeinde darum ersucht und die Sicherheit der eigenen Gemeinde dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Ein solches Ersuchen ist zuerst an die dem Brandort zunächst gelegenen Gemeinden zu richten. Die Inhaber von Forstbetrieben sind verpflichtet, der Gemeinde auf Verlangen über alle für die Leistungsanforderung maßgeblichen Umstände Auskunft zu erteilen.

(3) Hinsichtlich der Anforderung von Leistungen gemäß Abs. 1 und des Endes der Leistungspflicht gelten die §§ 23 und 24 des Katastrophenhilfegesetzes sinngemäß. Die Arbeiten sind nach den Anweisungen des Einsatzleiters (§ 21 Abs. 2) durchzuführen.

~~(4) Die Gemeinde hat die Inhaber von Forstbetrieben, die durch die Verpflichtung zu Leistungen nach Abs. 1 einen Vermögensnachteil erleiden, angemessen zu entschädigen. Die Höhe der Entschädigung bestimmt sich~~

- ~~— a) für die Abstellung des Forstpersonals nach den auf die Leistungsdauer entfallenden anteiligen Personalkosten,~~
- ~~— b) für die Abstellung von Arbeitsgeräten nach dem Verbrauch oder der Wertminderung während des Einsatzes sowie~~
- ~~— c) nach dem durch die Erbringung dieser Leistungen verursachten Verdienstaussfall.~~

~~(5) Der Anspruch auf Entschädigung nach Abs. 4 ist bei sonstigem Verlust des Anspruchs innerhalb von zwei Jahren nach Erbringung der angeforderten Leistungen geltend zu machen. Kommt eine Einigung über die Entschädigung nicht zustande, so kann der Anspruchsberechtigte bei sonstigem Verlust des Anspruchs spätestens ein Jahr nach Geltendmachung des Anspruchs die Festsetzung der Entschädigung bei der Bezirkshauptmannschaft beantragen. Die Bezirkshauptmannschaft hat die Entschädigung mit Bescheid festzusetzen.~~

§ 20

~~Allgemeines Aufgebot~~ Anforderung von Dienst- und Sachleistungen

(1) Wenn die Bekämpfung eines Waldbrandes Maßnahmen erfordert, zu deren Durchführung die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Hilfskräfte und Sachmittel nicht ausreichen, können die notwendigen Dienst- und Sachleistungen angefordert werden. Die Anforderung von Dienstleistungen ist nach Möglichkeit auf die vom Waldbrand betroffene Gemeinde und deren Nachbargemeinden beschränkt, sie kann jedoch bei Bedarf auch darüber hinausgehen. Die zur Dienstleistung angeforderten Personen sind Hilfsorgane der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde.

(2) Die Anforderung von Dienst- und Sachleistungen gemäß Abs. 1 obliegt den Gemeinden. Für die Waldbrandbekämpfung in einer anderen Gemeinde sind Dienst- und Sachleistungen nur insoweit anzufordern, als diese Gemeinde darum ersucht und die Sicherheit der eigenen Gemeinde dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Ein solches Ersuchen ist zuerst an die dem Brandort zunächst gelegenen Gemeinden zu richten.

(3) Im Übrigen erfolgt die Anforderung von Dienst- und Sachleistungen in sinngemäßer Anwendung folgender Bestimmungen des Katastrophenhilfegesetzes:

§ 18 – Allgemeine Voraussetzungen und Auskunftspflicht –

§ 19 – Dienstleistungen, mit der Maßgabe, dass die Dienstleistungen nach den Anweisungen des Einsatzleiters (§ 21 Abs. 2) zu erbringen sind –

§ 20 – Arbeitsgeräte –

§ 23 – Anforderung, mit der Maßgabe, dass diese bei Gefahr im Verzug durch Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt durch den Bürgermeister oder den Einsatzleiter gemäß § 21 Abs. 2 lit. a oder b als Hilfsorgan der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde erfolgen kann –

§ 24 – Ende der Leistungspflicht –

~~§ 25 Abs. 1 bis 3 – Entschädigung, mit der Ergänzung, dass für das Entschädigungsverfahren der § 19 Abs. 5 gilt –~~

§ 21

Durchführung der Waldbrandbekämpfung

(1) Soweit in diesem Abschnitt nichts anderes bestimmt ist, ist die Waldbrandbekämpfung nach den die örtliche Feuerpolizei regelnden Vorschriften durchzuführen.

(2) Die technische Leitung der Waldbrandbekämpfung muss einheitlich sein, auch für den Fall, dass für die Bekämpfung eines Waldbrandes mehrere Gemeinden zuständig sind. Sie kommt in nachstehender Reihung folgenden Personen als Hilfsorganen der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde zu (Einsatzleiter):

- a) dem Landesfeuerwehrinspektor,
- b) dem Bezirksfeuerwehrinspektor,
- c) dem ranghöchsten Organ der zuerst am Brandplatz eingetroffenen örtlich zuständigen Feuerwehr,
- d) dem ranghöchsten Organ der zuerst am Brandplatz eingetroffenen Feuerwehr,
- e) dem nach Ausbildung und Dienstalster höchstgestellten am Brandplatz anwesenden Forstorgan.

(3) Insoweit dem Einsatzleiter die erforderlichen Orts- oder Fachkenntnisse fehlen, hat er sich der Beratung durch die anwesenden orts- oder fachkundigen Personen zu bedienen, insbesondere auch der Forstorgane.

§ 22

Besondere behördliche Befugnisse bei der Waldbrandbekämpfung

(1) Die für die Waldbrandbekämpfung zuständige Gemeinde kann, wenn dies für die wirksame Bekämpfung eines Waldbrandes oder zur Abwehr von Gefahren, die mit diesem verbunden sind, erforderlich ist, mit Verordnung anordnen, dass

- a) sich in einem bestimmten örtlichen Bereich keine oder nur bestimmte Personen aufhalten dürfen,
- b) Sachen nicht in den Sperrbereich gebracht werden dürfen oder aus dem Sperrbereich zu entfernen sind.

(2) Die Organe der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde sind berechtigt, Grundstücke und Gebäude zu betreten, wenn dies für die wirksame Bekämpfung eines Waldbrandes erforderlich ist.

(3) Abgesehen von den in diesem Abschnitt sonst vorgesehenen Fällen kann die für die Waldbrandbekämpfung zuständige Gemeinde Vermögensrechte beschränken, wenn dies notwendig ist, um durch den Waldbrand hervorgerufene Gefahren abzuwehren, die unmittelbar

- a) den Tod oder schwere gesundheitliche Schäden von Menschen,
- b) Sachschäden, welche höher zu bewerten sind als der durch die beabsichtigte Beschränkung von Vermögensrechten zu erwartende Nachteil,

befürchten lassen.

(4) Zur Durchsetzung der in den Abs. 2 und 3 vorgesehenen Maßnahmen ist die Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt zulässig.

(5) Wenn es zur wirksamen Bekämpfung eines Waldbrandes oder zur Abwehr von Gefahren, die mit diesem verbunden sind, erforderlich ist, dass Maßnahmen gemäß Abs. 1 bis 3 außerhalb des Gebietes der für die Waldbrandbekämpfung zuständigen Gemeinde getroffen werden, ist über deren Ersuchen die für das betreffende Gebiet zuständige Gemeinde verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Bei Gefahr im Verzug sind der Einsatzleiter und die von diesem beauftragten Personen befugt, Maßnahmen gemäß Abs. 2 und 3 als Hilfsorgane der für das betreffende Gebiet zuständigen Gemeinde zu treffen.

~~(6) Für vermögensrechtliche Nachteile, welche durch Maßnahmen gemäß Abs. 1 bis 5 verursacht werden, gebührt eine angemessene Entschädigung. Ein solcher Anspruch steht jenen Personen nicht zu, die den vermögensrechtlichen Nachteil durch eine Maßnahme erlitten haben, die zum Schutze ihrer Sicherheit oder ihres Eigentums vorgenommen wurde. Für das Entschädigungsverfahren gilt § 19 Abs. 5 sinngemäß.~~

§ 23

Besondere Verfahrensbestimmungen

(1) Für die Kundmachung von Verordnungen und die Erlassung von Bescheiden gilt der § 31 Abs. 1 und 2 des Katastrophenhilfegesetzes sinngemäß.

(2) Soweit es um den Einsatz von Forstpersonal (~~§ 19 Abs. 1 und 2~~) und von Arbeitsgeräten (~~§ 19~~) (~~§ 19 Abs. 1 und 2 und § 20 Abs. 3~~), **von Dienst- und Sachleistungen (§ 20)** sowie die Sperre von Grundstücken und Gebäuden (§ 22 Abs. 1) geht, ist der rechtmäßige Zustand durch Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt herzustellen, wenn die Verpflichteten säumig sind.

§ 24

Kosten der Waldbrandbekämpfung

~~Von den Kosten für die Waldbrandbekämpfung haben zu tragen:~~

- ~~— a) die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der vom Waldbrand betroffenen Liegenschaften die Kosten ihrer Mitwirkung an der Waldbrandbekämpfung gemäß § 18;~~
- ~~— b) die Gemeinden die Kosten für den Einsatz ihrer Feuerwehr, soweit ihnen nicht gemäß § 17 Abs. 2 Ersatz zusteht;~~
- ~~— c) das Land die Kosten für den Einsatz des Landes- und des Bezirksfeuerwehripektors sowie der besonderen Einrichtungen des Landesfeuerwehrverbandes gemäß § 17 Abs. 3 und 4;~~
- ~~— d) der Bund alle übrigen Kosten.~~

6. Abschnitt Wildbachräumung

§ 25

Lagerung von Gegenständen

(1) Durch die Lagerung von Holz oder anderen Gegenständen darf der Hochwasserabfluss eines Wildbaches nicht behindert werden.

(2) Finden auf Wildbacheinhängen Fällungen oder Bringungen statt, so sind der Waldeigentümer, die sonst verfügbungsberechtigten Personen und das Schlägerungsunternehmen zur ungeteilten Hand verpflichtet, das daraus stammende, zur Verklauung geeignete Holz unverzüglich aus dem Hochwasserabflussbereich zu entfernen.

§ 26

Durchführung der Räumung

(1) Werden im Hochwasserabflussbereich eines Wildbaches Missstände, wie insbesondere das Vorhandensein von Holz oder anderen den Wasserablauf hemmenden Gegenständen, festgestellt, so hat die Gemeinde derjenigen Person, die den Missstand durch Verstoß gegen § 25 verursacht hat, mit Bescheid die Beseitigung des Missstandes innerhalb angemessener Frist aufzutragen.

(2) Wenn die verursachende Person der Gemeinde erst später bekannt wird, steht der Gemeinde, sofern sie den Missstand bereits beseitigt hat, das Recht auf Ersatz der Kosten gegen diese Person zu.

7. Abschnitt Waldaufsicht

§ 27

Waldregionen

(1) Die Landesregierung hat zur Wahrnehmung der behördlichen Waldaufsicht durch Verordnung Waldregionen festzulegen.

(2) Die Waldregionen haben zusammen das gesamte Landesgebiet zu umfassen und dürfen die Bezirksgrenzen nicht schneiden.

(3) In einem Verwaltungsbezirk können mehrere Waldregionen festgelegt werden, wenn dies aufgrund der Größe der Waldflächen oder der topografischen Verhältnisse zweckmäßig erscheint.

§ 28

Waldaufseher

(1) Zur Mitwirkung bei der Vollziehung in den Angelegenheiten des Forstwesens in den gemäß § 27 festgelegten Waldregionen hat die Landesregierung der Bezirkshauptmannschaft Landesbedienstete als

Waldaufsichtsorgane zuzuweisen oder sonst zur Verfügung zu stellen. Sie führen die Bezeichnung „Waldaufseher“ und sind Organe der öffentlichen Aufsicht.

(2) Für die einzelnen Waldregionen sind Waldaufseher in solcher Anzahl zur Verfügung zu stellen, dass die Erfüllung der Aufgaben (§ 31) gewährleistet ist.

§ 29

Voraussetzungen für die Verwendung als Waldaufseher

(1) Landesbedienstete dürfen als Waldaufseher nur verwendet werden, wenn sie die für die Erfüllung der Aufgaben erforderliche persönliche und fachliche Eignung haben.

(2) Das Vorliegen der erforderlichen fachlichen Eignung ist bei Personen anzunehmen, die eine für Forstorgane vorgeschriebene Ausbildung oder sonst eine entsprechende Befähigung für Waldaufseher nachweisen können.

§ 30

Dienstausweis und Dienstabzeichen

(1) Dem Waldaufseher sind vom Dienstgeber ein Dienstausweis und ein Dienstabzeichen auszufolgen. Im Dienstausweis ist das Einsatzgebiet ersichtlich zu machen.

(2) Der Waldaufseher hat in Ausübung seines Dienstes das Dienstabzeichen zu tragen und den Dienstausweis mitzuführen. Mit diesem hat er sich auf Verlangen gegenüber den von seinen Amtshandlungen betroffenen Personen auszuweisen.

§ 31

Aufgaben

(1) Der Waldaufseher hat in dem ihm zugewiesenen Einsatzgebiet bei der Vollziehung der forstbehördlichen Aufgaben mitzuwirken. Dies umfasst die Mitwirkung bei der Erfüllung der forstbehördlichen Aufgaben nach diesem Gesetz sowie die Mitwirkung bei der Überwachung der Wälder, bei der Erstellung von Gutachten, bei der forstlichen Förderung, bei der Forststatistik, bei der Waldpädagogik und der forstlichen Öffentlichkeitsarbeit. Weiters gehört dazu die forstliche einschließlich der waldökologischen Beratung, insbesondere die Beratung über die gemeinschaftliche und vermehrte Nutzung von Holzreserven.

(2) Der Waldaufseher hat in jeder Gemeinde, die in dem ihm zugewiesenen Einsatzgebiet liegt, nach Bedarf Parteienverkehr abzuhalten. Die Gemeinden sind verpflichtet, für den Parteienverkehr des Waldaufsehers geeignete Räumlichkeiten bereitzustellen.

(3) Der Waldaufseher kann von der Bezirkshauptmannschaft auch in Angelegenheiten des Natur- und Landschaftsschutzes und der Jagd zur Mitwirkung herangezogen werden.

§ 32

Befugnisse

(1) Der Waldaufseher ist innerhalb des ihm zugewiesenen Einsatzgebietes berechtigt,

- a) fremde Grundstücke zu betreten,
- b) Personen aus dem Wald zu weisen, die eine Übertretung gemäß § 174 Abs. 3 des Forstgesetzes 1975 begangen oder gegen die Bestimmungen des § 40 Abs. 1 des Forstgesetzes 1975 verstoßen haben oder deren weiterer Aufenthalt begründeten Anlass zur Besorgnis für den Schutz des Waldes, für die ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung oder für die Sicherheit des Eigentums gibt,
- c) Personen, welche verdächtig sind, eine Übertretung nach diesem Gesetz, ausgenommen nach den Bestimmungen des 3. Abschnittes, oder nach dem Forstgesetz 1975 begangen zu haben, zum Nachweis ihrer Identität zu verhalten,
- d) in den im § 35 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 vorgesehenen Fällen eine Person zum Zwecke ihrer Vorführung vor die Behörde festzunehmen, falls sich diese Person der Festnahme durch Flucht entzieht, sie auch über die Waldregion hinaus zu verfolgen und außerhalb derselben festzunehmen,
- e) die im Besitze der betretenen Person vorgefundenen Forstprodukte sowie Werkzeuge und Transportmittel, die gewöhnlich zur Gewinnung und Beförderung von Forstprodukten Verwendung finden, vorläufig zu beschlagnahmen und zu diesem Zwecke Behältnisse und Transportmittel zu durchsuchen.

(2) Eine nach Abs. 1 lit. d festgenommene Person ist unverzüglich der Behörde zu übergeben oder aber, wenn der Grund der Festnahme schon vorher wegfällt, freizulassen. Sie ist ehestens, womöglich bei ihrer Festnahme, in einer ihr verständlichen Sprache über die Gründe ihrer Festnahme und die gegen sie erhobenen Anschuldigungen zu unterrichten. Bei der Festnahme und Vorführung ist mit möglichster Schonung der Person vorzugehen. Der § 36 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 gilt sinngemäß.

8. Abschnitt Forstschutzorgane

§ 33

Bestellung von Forstschutzorganen

(1) Zum Schutz des Waldes, zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung sowie zur Sicherung des Eigentums hat die Behörde über Antrag des Waldeigentümers Forstschutzorgane zu bestellen.

(2) Als Forstschutzorgane dürfen nur Personen bestellt werden, bei denen die Voraussetzungen nach § 110 des Forstgesetzes 1975 vorliegen.

(3) Durch die Bestellung zum Forstschutzorgan wird ein Dienstverhältnis zum Land nicht begründet. Die Bestellung ist zu widerrufen, wenn Umstände bekannt werden, welche den Voraussetzungen nach Abs. 2 entgegenstehen.

(4) Der Waldeigentümer ist verpflichtet, die Beendigung der Tätigkeit der gemäß Abs. 1 zu Forstschutzorganen bestellten Personen innerhalb eines Monats der Behörde mitzuteilen.

§ 34

Dienstausweis und Dienstabzeichen

(1) Dem Forstschutzorgan sind von der Behörde, die es bestellt, ein Dienstausweis und ein Dienstabzeichen auszufolgen.

(2) Das Forstschutzorgan hat in Ausübung seines Dienstes das Dienstabzeichen zu tragen und den Dienstausweis mitzuführen. Mit diesem hat es sich auf Verlangen gegenüber den von seinen Amtshandlungen betroffenen Personen auszuweisen.

(3) Wird die Bestellung zum Forstschutzorgan widerrufen (§ 33 Abs. 3), so sind der Dienstausweis und das Dienstabzeichen unverzüglich der Behörde zurückzugeben. Zur Durchsetzung dieser Verpflichtung ist die Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt zulässig.

9. Abschnitt Behörden-, Straf- und Schlussbestimmungen

§ 35

Behörde

Behörde im Sinne dieses Gesetzes ist, soweit nichts anderes bestimmt ist, die Bezirkshauptmannschaft.

§ 36

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde

Die in den §§ ~~24 lit. b~~, 26 und 31 Abs. 2 geregelten Aufgaben der Gemeinde sind solche des eigenen Wirkungsbereiches.

§ 37

Mitwirkung der Bundespolizei

Die Bundespolizei hat bei der Vollziehung des § 38 Abs. 1 lit. f und j im Umfang der Bestimmungen des Gesetzes über die Mitwirkung der Bundespolizei bei der Vollziehung von Landesgesetzen mitzuwirken.

§ 37a

Walddatenbank, Verarbeitung personenbezogener Daten

(1) Die Landesregierung hat für Zwecke nach Abs. 2 bis 6 eine Walddatenbank einzurichten.

(2) Die Bezirkshauptmannschaften sind ermächtigt, soweit dies zur Vollziehung dieses Gesetzes, zur Erfüllung der Aufgaben gemäß § 171 Abs. 1 des Forstgesetzes 1975 oder zur Bestimmung zu kontrollierender Marktteilnehmer im Sinne des Holzhandelsüberwachungsgesetzes erforderlich ist, folgende Daten betreffend Grundeigentümer und sonstige über Grundstücke verfügbare Personen zu verarbeiten: Identifikationsdaten, Erreichbarkeitsdaten, Grundstücksdaten, Daten über Fällungen, Einschlagsdaten sowie Daten über sonstige forstliche Maßnahmen.

(3) Der Landeshauptmann ist ermächtigt, soweit dies zur Erfüllung von nicht hoheitlichen Aufgaben gemäß § 171 Abs. 1 des Forstgesetzes 1975 (Beratung von Waldeigentümern und Mitwirkung an der forstlichen Förderung) erforderlich ist, folgende Daten betreffend Grundeigentümer und sonstige über Grundstücke verfügbare Personen zu verarbeiten: Identifikationsdaten, Erreichbarkeitsdaten, Grundstücksdaten, Daten über Fällungen sowie Daten über sonstige forstliche Maßnahmen.

(4) Die Landesregierung ist ermächtigt, Daten gemäß § 10 des Land- und Forstwirtschaftsförderungsgesetzes, die im Zusammenhang mit einer forstwirtschaftlichen Förderung stehen, zu verarbeiten, soweit dies zum Zweck der Vollziehung des Land- und Forstwirtschaftsförderungsgesetzes erforderlich ist.

(5) Die Bezirkshauptmannschaften, der Landeshauptmann und die Landesregierung sind ermächtigt, Daten nach den Abs. 2 bis 4 unter Beachtung der zulässigen Verarbeitungszwecke gemeinsam zu verarbeiten. In diesem Fall nehmen sie, soweit nichts anderes vereinbart ist, jeweils für ihren Bereich die sich aus der Verordnung (EU) 2016/676 (Datenschutz-Grundverordnung) ergebenden Pflichten wahr, insbesondere was die Rechte der von der Verarbeitung betroffenen Personen betrifft. Anlaufstelle für die betroffenen Personen ist die Landesregierung.

(6) Auf Verlangen sind Daten nach Abs. 2 bis 4 an Organe und Dienststellen des Landes, des Bundes und der Gemeinden sowie die Landwirtschaftskammer Vorarlberg zu übermitteln, soweit die Daten Voraussetzung für die Erfüllung der diesen übertragenen Aufgaben nach diesem Gesetz, dem Forstgesetz 1975, dem Land- und Forstwirtschaftsförderungsgesetz, dem Holzhandelsüberwachungsgesetz oder dem Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung sind.

(7) Die Bezirkshauptmannschaften, der Landeshauptmann und die Landesregierung haben technische und organisatorische Vorkehrungen zu treffen, die den Schutz der Geheimhaltungsinteressen der betroffenen Personen garantieren. Als solche Vorkehrungen sind insbesondere der Schutz der Daten vor unbefugtem Zugriff und die Verschlüsselung der Daten bei der Übermittlung in öffentlichen Netzwerken vorzusehen.

§ 38

Strafen

(1) Eine Übertretung begeht, wer

- a) eine anzeigepflichtige Fällung ohne Berechtigung nach § 3 durchführt,
- b) die Beendigung der Tätigkeit eines Forstbetriebsleiters gemäß § 4 Abs. 2 nicht unverzüglich anzeigt,
- c) Windschutzanlagen entgegen § 5 behandelt,
- d) Windschutzanlagen ohne Bewilligung gemäß § 6 auflässt,
- e) eine gemäß § 7 bewilligungspflichtige Aufforstung ohne Bewilligung durchführt,
- f) es im Fall eines Waldbrandes entgegen § 15 Abs. 1 unterlässt, mittels Notruf Hilfe in die Wege zu leiten,
- g) die in den §§ 19 Abs. 2 und 20 bestimmte Auskunftspflicht verletzt,
- h) Dienst- oder Sachleistungen, die gemäß den §§ 19 oder 20 angefordert werden, nicht oder nicht rechtzeitig erbringt,
- i) gemäß §§ 19 Abs. 3, 20 Abs. 3 und 21 Abs. 1 ergangene Anweisungen und Anordnungen nicht befolgt,
- j) mutwillig einen Einsatz zur Waldbrandbekämpfung veranlasst,
- k) gegen das Lagerungsverbot und die Räumungspflicht gemäß § 25 verstößt oder einem Auftrag gemäß § 26 nicht nachkommt,
- l) der Mitteilungspflicht gemäß § 33 Abs. 4 nicht entspricht,
- m) im Falle des Widerrufs der Bestellung als Forstschutzorgan den Dienstaussweis und das Dienstabzeichen nicht zurückgibt (§ 34 Abs. 3),
- n) den in Verordnungen und Entscheidungen, welche aufgrund dieses Gesetzes erlassen werden, enthaltenen Geboten und Verboten zuwiderhandelt.

(2) Übertretungen nach Abs. 1 sind nicht zu bestrafen, wenn sie eine Übertretung des Forstgesetzes 1975 darstellen.

(3) Übertretungen gemäß Abs. 1 lit. b, e, g bis j und l bis n sind mit einer Geldstrafe bis zu 700 Euro zu bestrafen.

(4) Übertretungen gemäß Abs. 1 lit. a, c, d, f und k sind mit einer Geldstrafe bis zu 3.000 Euro zu bestrafen.

(5) Forstprodukte, die aus der Begehung von Übertretungen gemäß Abs. 1 lit. a, c und d herrühren, oder der Erlös aus deren Verwertung können unabhängig von einer Bestrafung gemäß Abs. 4 für verfallen erklärt werden.

(6) Die Behörde hat im Straferkenntnis, womit jemand einer nach diesem Landesgesetz strafbaren Übertretung, ausgenommen jener des Abs. 1 lit. j, schuldig erkannt wird, auf Antrag des Geschädigten auch über die aus dieser Übertretung abgeleiteten privatrechtlichen Ansprüche des Geschädigten an den Beschuldigten zu entscheiden.

(7) Der Versuch ist strafbar.

§ 39

Übergangsbestimmungen

(1) Neubewaldungen, die vor dem 1. Jänner 1980 nach den bis dahin geltenden gesetzlichen Bestimmungen rechtmäßig bestanden haben, gelten als nach diesem Gesetz bewilligt. Auf die vor dem 1. Jänner 1980 nach den bis dahin geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht rechtmäßig bestehenden Neubewaldungen sind die Bestimmungen des 3. Abschnittes anzuwenden.

(2) Personen, die vor dem 1. Jänner 1980 eine Ausbildung erworben haben, die nach den damals geltenden gesetzlichen Bestimmungen für die Bestellung als Waldaufseher ausgereicht hat, gelten als fachlich befähigt im Sinne des § 29.

(3) Am 31. Dezember 2013 beim ordentlichen Gericht anhängige Entschädigungsverfahren nach den §§ 19 Abs. 5, 20 Abs. 3 und 22 Abs. 6 sind nach den Vorschriften vor LGBl. Nr. 44/2013 zu beenden.

§ 40

Inkrafttreten

(1) Änderungen, die sich aus dem Gesetz über die Änderung des Landesforstgesetzes, LGBl.Nr. 10/2007, ergeben, treten am 1. April 2007 in Kraft. Verordnungen dazu können vom 16. Februar 2007 an erlassen werden. Sie treten jedoch frühestens am 1. April 2007 in Kraft.

(2) Art. LXI des Landesverwaltungsgerichts-Anpassungsgesetzes – Sammelnovelle, LGBl.Nr. 44/2013, tritt am 1. Jänner 2014 in Kraft.

(3) Art. XVII des Gesetzes zur Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung 2017 – Sammelgesetz, LGBl.Nr. 78/2017, tritt am 1. Jänner 2018 in Kraft.

§ 41

Inkrafttretensbestimmungen zur Novelle LGBl.Nr. 4/2022

(1) Art. LIV des Gesetzes über Neuerungen im Zusammenhang mit Digitalisierung – Sammelnovelle, LGBl.Nr. 4/2022, ausgenommen die Änderungen betreffend die §§ 8 Abs. 2 und 14 Abs. 2, tritt am 1. Juli 2022 in Kraft.

(2) Die Änderungen betreffend die §§ 8 Abs. 2 und 14 Abs. 2 durch LGBl.Nr. 4/2022 treten am 1. Juli 2023 in Kraft.

§ 42

Inkrafttretensbestimmung zur Novelle LGBl.Nr. ../2024

Das Gesetz über eine Änderung des Landesforstgesetzes, LGBl.Nr. ../2024 tritt am 1. Juli 2024 in Kraft.